

Eidg. Finanzverwaltung

Bern, 2. Juli 1992

990.03

Dreiertreffen der Finanzminister von Deutschland, Oesterreich und der Schweiz (Sils-Maria, 12.-14. Juni 1992)

Das traditionelle Treffen der Finanzminister Deutschlands (Waigel), Oesterreichs (Lacina) und der Schweiz fand dieses Jahr vom 12. bis 14. Juni in Sils-Maria (GR) statt.

Gegenstand der Gespräche bildeten insbesondere die Wirtschafts- und Währungslage, die Situation der öffentlichen Haushalte, das weitere Vorgehen bei der Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die jüngste Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel in München, Fragen des Zolls sowie die Einführung von Oekosteuern.

1. Wirtschafts- und Währungslage

Uebereinstimmend wurden die **Konjunkturaussichten** der drei Länder als **positiv beurteilt**. Als Grundvoraussetzung für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung bezeichneten in dessen die drei Minister die Fortsetzung einer stabilitätsorientierten Geld- und Finanzpolitik.



Die Wirtschaftslage **Deutschlands** wird nach wie vor massgeblich durch die Wiedervereinigung geprägt. Die Transferleistungen an die neuen Bundesländer belaufen sich auf 140 bis 150 Milliarden DM pro Jahr, wovon alleine 80 Milliarden DM über den Bundeshaushalt abgewickelt werden. Dieses hohe Engagement kann nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorbeigehen. Für 1992 wird insgesamt eine Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums auf 2 Prozent (1991: 3%) erwartet. Während die Wirtschaft der ehemaligen BRD noch mit rund 1,5 Prozent wachsen dürfte, wird für die neuen Bundesländer ein Wachstum von 8 bis 10 Prozent prognostiziert. Die Wirtschaftsreform im Osten beruht schwergewichtig auf der Privatisierung von Betrieben (in 1 1/2 Jahren rund 2000 Betriebe). Wesentlicher Vorteil der Privatisierung gegenüber der Sanierung von Betrieben ist die Tatsache, dass der westliche Investor in aller Regel den Zugang zu einem westlichen Markt eröffnet. Die Märkte im Osten bieten zur Zeit keine tragfähige Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung. Der Zustand der Wirtschaft der ehemaligen DDR hat sich als weit schlimmer erwiesen als erwartet (geringe Produktivität, dramatische Umweltschäden, schlecht ausgebaute Infrastruktur). Die weitgehend auf die Wiedervereinigung zurückzuführende hohe Beanspruchung der Kapitalmärkte lässt vorläufig keine Abkehr von der restriktiven Geldpolitik zu. Ziel muss es sein, die Teuerung möglichst rasch unter 4 Prozent zu reduzieren.

Die Wirtschaftssituation **Oesterreichs** darf insgesamt als recht befriedigend bezeichnet werden. Nach den hohen Wachstumsraten der beiden Vorjahre (1990: +4,6%, 1991: +3,1%) dürfte sich zwar der reale Zuwachs im laufenden Jahr auf rund 2 Prozent zurückbilden, dies in erster Linie infolge der Abschwächung der Weltwirtschaft. Damit sollte aber bereits die Talsohle erreicht sein. Sorgen bereitet die für österreichische Verhältnisse recht hohe Arbeitslosenrate von 3 3/4 Prozent, die vor allem auf eine starke Steigerung des Arbeitskräfteangebots (legale und illegale

Zuwanderung) zurückzuführen ist. Die Teuerung wird für 1992 auf 3,8 Prozent geschätzt, darin berücksichtigt sind die Auswirkungen der beschlossenen Erhöhung der Mineralölsteuer. Das Potential der Märkte in Mittel- und Osteuropa ist mittelfristig nicht zu unterschätzen. Es kann eine überraschend starke Bereitschaft der österreichischen Wirtschaft zu Investitionen in den Reformstaaten verzeichnet werden. Dabei wird leider die grenzüberschreitende Arbeitsteilung durch die fehlende Kumulierung von Ursprungsregeln im Handelsverkehr zwischen der EG und den Staaten der EFTA sowie Mittelosteuropas spürbar beeinträchtigt.

2. Finanzpolitik

In Deutschland soll die Nettokreditaufnahme des Bundes bis 1995 wieder auf ein 'normales' Mass (25 Mia DM) zurückgeführt werden. Das Wachstum der Bundesausgaben soll in den kommenden vier Jahren auf 2,5 Prozent, jenes der Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte auf 3 Prozent begrenzt werden. Zu diesem Zweck wird das Ausgabenmoratorium - neue finanzielle Verpflichtungen nur bei vollwertiger Kompensation durch Einsparungen - bis 1994 verlängert. Allfällige Steuermehreinnahmen sollen zur Senkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt werden. Ziel der Sparpolitik ist es, die Verschuldung auf die notwendigen Investitionen für den Aufbau einer neuen Volkswirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR zu begrenzen. Für das laufende Jahr muss noch mit einem Wachstum des Bundeshaushaltes von 6 Prozent und mit einer Nettokreditaufnahme von rund 43 Milliarden DM gerechnet werden. Das Defizit der gesamten öffentlichen Hand dürfte 1992 leicht hinter dem Plafonds von 120 Milliarden zurückbleiben. Bereits 1993 soll das Gesamtdefizit wieder weniger als 3 Prozent des BIP (Konvergenzkriterium für den Eintritt in die WWU) betragen. Steuersenkungen müssen für die nächsten zwei bis drei Jahre ausgeschlossen werden.

Ziel des Sanierungskurses mit rückläufiger Staatsverschuldung ist es nicht zuletzt, mittelfristig Spielraum für Zinssenkungen zu schaffen.

Ziel der **österreichischen Haushaltspolitik** bleibt es, das **Defizit schrittweise auf 2,5 Prozent des BIP zu reduzieren** (1991: 2,7%). Die Konsolidierungspolitik der Regierung wird durch den insgesamt befriedigenden Gang der österreichischen Wirtschaft spürbar unterstützt. Im Bereiche der Steuern wurden in der jüngsten Vergangenheit verschiedene Neuerungen beschlossen: Abschaffung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes für Autos bei gleichzeitiger Reform der Kraftfahrzeugsteuer (Umstellung der Bemessungsgrundlage von Hubraum auf kW), Erhöhung der Mineralölsteuer. Ferner wurde der Finanzausgleich mit den Ländern und Gemeinden auf eine neue Grundlage gestellt.

Bezüglich der **Zinsbesteuerung** orientierte Finanzminister Waigel über den Stand der Beratungen über das neue Zinsabschlaggesetz (Quellensteuer von 25% auf Zinseinkünften von Inländern bei sehr hohen Freigrenzen). Die Suche nach einem Kompromiss mit der SPD-Opposition, welche ein griffiges Kontrollsystem fordert und deshalb die Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundesrat blockiert hat, dürfte sich als sehr schwierig erweisen. Im Gegensatz zum geplanten Zinsabschlag in Deutschland, der an die normale Einkommenssteuer angerechnet werden kann, nicht aber von dieser befreit, geht die Entwicklung in Oesterreich in Richtung einer eigentlichen Abgeltungssteuer. Die Finanzminister waren sich darin einig, **dass eine gesamteuropäisch harmonisierte Regelung der Zinsbesteuerung angestrebt werden sollte.**

3. Weltwirtschaftsgipfel, Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Finanzminister Waigel orientierte im weiteren über die Traktanden des bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfels in München (6.-8.7.92). Neben der Erörterung der Wirtschafts- und Währungslage wird dieser der wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, dem Problem der Sicherheit von Kernkraftwerken in den GUS-Staaten sowie der Situation der Entwicklungsländer gewidmet sein. Im Anschluss an den Gipfel werden die Staats- und Regierungschefs der G7 Präsident Jelzin zu einem Meinungsaustausch empfangen.

Die Finanzminister waren sich darin einig, dass die mutige Reformpolitik der mittel- und osteuropäischen Staaten unterstützt werden müsse. Ein passives Abseitsstehen wäre alleine schon mit grossen politischen Risiken verbunden. Insbesondere im Falle der GUS-Staaten müsse die Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen. Wichtig sei dabei, dass die Länder Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion den Handel und den Zahlungsverkehr unter sich aufrechterhalten und damit einen weiteren Zusammenbruch der Wirtschaftstätigkeit vermeiden.

4. Oekosteuern

Die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs betonten im Zusammenhang mit der Einführung von Energieabgaben die Notwendigkeit eines international koordinierten Vorgehens. Infolge der befürchteten Verschlechterung der Wettbewerbsverhältnisse für die eigene Wirtschaft kommt für beide Länder ein Alleingang nicht in Frage.

DER VORSTEHER
DES EIDGENÖSSISCHEN
FINANZDEPARTEMENTS

Bern, 2. Juli 1992

An die Mitglieder
des Bundesrates

Herr Bundespräsident
liebe Kollegen

Als Beilage übermittle ich Ihnen zu Ihrer Information einen Bericht über die Diskussionen im Rahmen des Dreiertreffens der Finanzminister in Sils-Maria.

Ich wünsche Ihnen erholsame Ferien und verbleibe

CH : BR Stich
D : Minister Waigel
A : Minister Lacina

mit freundlichen Grüßen

Otto Stich

Otto Stich

Konjunkturaussichten: übereinstimmend positiv beurteilt.
(Wachstum 2%)

Finanzpolitik: Auch Deutschland (Wiedervereinigung) und Österreich (Reduktion Defizit, Neuordnung im Steuersystem) sind im Budget- und Finanzbereich mit Problemen konfrontiert.

Italien- und Osteuropa: unterschiedene Unterstützung nötig

Deharternera: Alleingang unmöglich.